

**VEREINTE
NATIONEN**

Verteilung
ALLGEMEIN

Generalversammlung

A/RES/51/75
12. Februar 1997

Einundfünfzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 105

RESOLUTION DER GENERALVERSAMMLUNG

[aufgrund des Berichts des Dritten Ausschusses
(A/51/614)]

51/75. Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über die Tätigkeit des Amtes¹ und des Berichts des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über seine siebenundvierzigste Tagung²,

unter Hinweis auf ihre Resolution 50/152 vom 21. Dezember 1995,

in Bekräftigung der grundlegenden Wichtigkeit des Abkommens von 1951³ und des Protokolls von 1967⁴ über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, insbesondere ihrer Anwendung in einer Art und Weise, die mit Ziel und Zweck dieser Rechtsakte in jeder Hinsicht vereinbar ist, und mit Genugtuung feststellend, daß inzwischen 132 Staaten Vertragsparteien eines oder beider Rechtsakte sind,

¹Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einundfünfzigste Tagung, Beilage 12 (A/51/12).

²A/51/12/Add.1 und Korr.1; siehe Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einundfünfzigste Tagung, Beilage 12A.

³Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545.

⁴Ebd., Vol. 606, Nr. 8791.

mit Lob für die Kompetenz, den Mut und den Einsatz, mit dem die Hohe Kommissarin und ihre Mitarbeiter ihre Aufgaben wahrnehmen,

in Würdigung der Mitarbeiter, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben oder dabei ums Leben gekommen sind, sowie unter Hervorhebung der dringenden Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen, die die Sicherheit des an humanitären Einsätzen beteiligten Personals gewährleisten,

betroffen von den weitverbreiteten Verstößen gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung und gegen die Rechte der Flüchtlinge, die in einigen Fällen zu ihrem Tod geführt haben, sowie ernsthaft beunruhigt über Berichte, denen zufolge eine außerordentlich große Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden in äußerst gefährlichen Situationen Opfer von Zurückweisungen und Ausweisungen geworden sind,

1. *bekräftigt nachdrücklich* die fundamentale Bedeutung und den rein humanitären und unpolitischen Charakter der Aufgabe des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, die darin besteht, Flüchtlingen völkerrechtlichen Schutz zu gewähren und nach Dauerlösungen für die Probleme der Flüchtlinge zu suchen, sowie die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Zusammenarbeit der Staaten mit dem Amt, um die wirksame Wahrnehmung dieser Aufgabe zu erleichtern;

2. *fordert* alle Staaten *auf*, soweit noch nicht geschehen, dem Abkommen von 1951 und dem Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und gegebenenfalls den einschlägigen regionalen Rechtsakten zum Schutz der Flüchtlinge beizutreten beziehungsweise die Rechtsnachfolge zu diesen Rechtsakten anzutreten und diese vollinhaltlich durchzuführen;

3. *erklärt erneut*, daß jeder Mensch ohne irgendeinen Unterschied das Recht hat, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen, und fordert alle Staaten auf, am Institut des Asyls als einem unverzichtbaren Instrument zum völkerrechtlichen Schutz der Flüchtlinge festzuhalten und das grundlegende Prinzip der Nichtzurückweisung, das keine Abweichung zuläßt, genauestens einzuhalten;

4. *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, im Einklang mit den entsprechenden internationalen und regionalen Rechtsakten sicherzustellen, daß alle Asylsuchenden Zugang zu fairen und effizienten Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft haben und daß allen Personen, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, Asyl gewährt wird;

5. *mißbilligt* die Tatsache, daß in bestimmten Situationen unter der Obhut des Amtes des Hohen Kommissars stehende Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebene Opfer von bewaffneten Angriffen, Morden, Vergewaltigungen und anderen Verletzungen beziehungsweise Bedrohungen ihrer persönlichen Sicherheit und anderen Grundrechten geworden sind, und fordert die Staaten auf, alles Erforderliche zu tun, um die Achtung vor den Grundsätzen des Flüchtlingsschutzes und die humane Behandlung von Asylsuchenden im Einklang mit den international anerkannten Menschenrechten und humanitären Normen sicherzustellen;

6. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, sicherzustellen, daß das Amt des Hohen Kommissars Zugang zu Asylsuchenden, Flüchtlingen und anderen ihrer Obhut unterstellten Personen erhält, damit es seine Schutzaufgaben wirksam wahrnehmen kann, verleiht ihrer tiefen Besorgnis Ausdruck über die Verhältnisse in einer Reihe von Ländern oder Regionen, die die Auslieferung von humanitären Hilfsgütern und die Wahrnehmung der Schutzfunktion ernsthaft behindern, und fordert die Staaten auf, alles Erforderliche zu tun, um den Zugang sicherzustellen und die Sicherheit des an humanitären Einsätzen beteiligten Personals zu gewährleisten;

7. *bekundet* dem Amt des Hohen Kommissars *erneut* ihre Unterstützung für seine Aufgabe, die darin besteht, weitere Maßnahmen ausfindig zu machen, um allen, die des Schutzes bedürfen, in Übereinstimmung mit den in den völkerrechtlichen Rechtsdokumenten verankerten grundlegenden Schutzprinzipien völkerrechtlichen Schutz zu gewährleisten, und unterstützt die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in ihren Bemühungen, weitere Konsultationen und Erörterungen in dieser Hinsicht zu führen;

8. *ermutigt* das Amt des Hohen Kommissars, seine Bemühungen um den Schutz von Frauen, die eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung haben, fortzusetzen und zu verstärken, und fordert die Staaten auf, sich eines Ansatzes zu bedienen, der gegenüber der Geschlechtsproblematik Aufgeschlossenheit beweist und sicherstellt, daß Frauen, deren Anspruch auf die Flüchtlingseigenschaft auf der wohlbegründeten Furcht vor Verfolgung beruht, insbesondere soweit es sich um Verfolgung in Form von sexueller Gewalt oder um andere Formen der Verfolgung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit handelt, aus Gründen, die in dem Abkommen von 1951 und dem Protokoll von 1967 aufgeführt sind, den Flüchtlingsstatus anerkannt bekommen;

9. *fordert* alle Staaten und zuständigen Organisationen der Vereinten Nationen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *nachdrücklich auf*, die Hohe Kommissarin in ihrer Suche nach dauerhaften Lösungen für Flüchtlingsprobleme zu unterstützen, einschließlich der freiwilligen Rückführung, der Eingliederung im Asylland und gegebenenfalls der Wiederansiedlung in einem Drittland, und begrüßt insbesondere die Bemühungen, die das Amt des Hohen Kommissars laufend unternimmt, um, wo immer möglich, die sich bietenden Gelegenheiten zu nutzen, um Bedingungen zu fördern, die die bevorzugte Lösung der freiwilligen Rückführung begünstigen;

10. *unterstreicht*, daß zwischen dem Schutz und den möglichen Lösungen ein Zusammenhang besteht und daß die Verhütung von Flüchtlingsproblemen wünschenswert ist, insbesondere durch die Achtung vor den Menschenrechten und die Anwendung der einschlägigen Rechtsinstrumente und -normen, und betont, daß es Aufgabe der Staaten ist, Lösungen für Flüchtlingssituationen zu finden und für Bedingungen Sorge zu tragen, die Menschen nicht zwingen, aus Furcht zu fliehen, das Institut des Asyls aufrechtzuerhalten, Bedingungen zu schaffen, die der freiwilligen Rückführung förderlich sind, Schritte zu unternehmen, um grundlegenden humanitären Bedürfnissen Rechnung zu tragen und mit den Ländern, die durch die massive Präsenz von Flüchtlingen am stärksten belastet sind, zusammenzuarbeiten;

11. *erkennt an*, daß zu wünschen ist, daß die internationale Gemeinschaft die Probleme der Flüchtlinge und Vertriebenen ganzheitlich angeht, insbesondere indem sie sich mit den eigentlichen Ursachen auseinandersetzt, die Notstandsvorsorge und Notstandsmaßnahmen verstärkt, wirksamen Schutz bietet und dauerhafte Lösungen schafft;

12. *unterstreicht* die Wichtigkeit von umfassenden regionalen Ansätzen, bei denen die Hohe Kommissarin sowohl in den Ursprungs- als auch in den Asylländern eine wichtige Rolle gespielt hat, ermutigt die Staaten, in Koordinierung und Zusammenarbeit miteinander und gegebenenfalls auch mit internationalen Organisationen auf dem Schutzprinzip beruhende ganzheitliche Ansätze in bezug auf besondere Probleme der Vertreibung zu erwägen, und macht sich in diesem Zusammenhang die Schlußfolgerung betreffend ganzheitliche und regionale Ansätze im Rahmen des Schutzprinzips zu eigen, die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge auf seiner siebenundvierzigsten Tagung verabschiedet wurde;

13. *weist darauf hin*, daß das Amt des Hohen Kommissars von den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen und mit Zustimmung des betreffenden Staates aufgefordert werden kann, anderen Gruppen, beispielsweise Binnenvertriebenen, Hilfe zu gewähren, anerkennend, daß dieses Eingreifen zur Verhütung oder Milderung von Flüchtlingssituationen beitragen kann, jedoch betonend, daß ein Tätigwerden zugunsten von Binnenvertriebenen das Institut des Asyls, insbesondere das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen, nicht untergraben darf;

14. *verweist von neuem* auf den Zusammenhang zwischen der Garantie der Menschenrechte und der Verhütung von Flüchtlingssituationen, erkennt an, daß die wirksame Förderung und der wirksame Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere durch Institutionen, die Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht gewährleisten, unverzichtbar sind, wenn die Staaten ihren humanitären Aufgaben bei der Wiedereingliederung von zurückkehrenden Flüchtlingen gerecht werden sollen, und fordert in diesem Zusammenhang das Amt des Hohen Kommissars auf, im Rahmen seines Mandats und auf Ersuchen der betreffenden Regierung, soweit erforderlich in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte die einzelstaatlichen Bemühungen um den Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet der Rechtssetzung und Rechtsprechung verstärkt zu unterstützen;

15. *verweist außerdem erneut* darauf, daß Entwicklungs- und Wiederaufbauhilfe für die Beseitigung einiger Ursachen von Flüchtlingssituationen und auch im Kontext der Erarbeitung von Verhütungsstrategien unverzichtbar ist;

16. *erklärt erneut*, daß die freiwillige Rückführung die ideale Lösung für Flüchtlingsprobleme ist, und fordert die Herkunftsländer, die Asylländer, das Amt des Hohen Kommissars und die gesamte internationale Gemeinschaft auf, alles zu tun, damit Flüchtlinge ihr Recht auf Rückkehr in ihre Heimat in Sicherheit und Würde ausüben können;

17. *verweist von neuem* auf das Recht eines jeden Menschen, in sein Land zurückzukehren, und unterstreicht in dieser Hinsicht, daß in erster Linie die Herkunftsländer dafür

verantwortlich sind, Bedingungen zu schaffen, die die freiwillige Rückführung der Flüchtlinge in Sicherheit und Würde ermöglichen, und fordert in Anbetracht dessen, daß alle Staaten verpflichtet sind, die Rückkehr ihrer Staatsangehörigen zu akzeptieren, alle Staaten auf, die Rückkehr ihrer Staatsangehörigen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt sind, zu erleichtern;

18. *ermutigt* die Hohe Kommissarin, ihre Tätigkeit zugunsten der Staatenlosen als Teil ihrer mandatsgemäßen Aufgabe, völkerrechtlichen Schutz zu gewähren und sich um Verhütungsmaßnahmen zu bemühen, sowie als Teil ihrer Aufgaben nach den Resolutionen 3274 (XXIV) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1974 und 31/36 vom 30. November 1976 fortzusetzen, und fordert die Staaten auf, der Hohen Kommissarin bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben behilflich zu sein und den Beitritt zu dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen⁵ und zu dem Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit⁶ in Erwägung zu ziehen;

19. *erklärt erneut*, daß der Ständige interinstitutionelle Ausschuß der Hauptmechanismus für interinstitutionelle Beschlüsse über systemumfassende Grundsatzfragen im Bereich humanitäre Hilfe, für die Gestaltung kohärenter und rechtzeitiger Antwortmaßnahmen auf große Katastrophen und komplexe Notstandssituationen sowie für interinstitutionelle Beschlüsse operativer Natur ist, und fordert die Mitglieder des Ständigen Ausschusses auf, auch weiterhin vorrangig Alternativen und Vorschläge zur Verbesserung seiner Arbeitsweise zu prüfen;

20. *fordert* alle Regierungen und sonstigen Geber *auf*, ihre internationale Solidarität und Bereitschaft zur Lastenteilung mit den Asylländern unter Beweis zu stellen, indem sie sich weiter bemühen, denjenigen Staaten, die Flüchtlinge in großer Zahl aufgenommen haben, insbesondere Entwicklungsländern und denjenigen, die nur über begrenzte Ressourcen verfügen, einen Teil der damit verbundenen Bürde abzunehmen, zu den Programmen des Amtes des Hohen Kommissars beizutragen und der Hohen Kommissarin unter Berücksichtigung der Auswirkungen der immer größer werdenden Bedürfnisse umfangreicher Flüchtlingspopulationen auf die Asylländer und der Notwendigkeit, die Zahl der Geber zu erhöhen und zu einer besseren Lastenteilung unter den Gebern zu gelangen, dabei behilflich zu sein, aus den bisherigen staatlichen Quellen, von anderen Regierungen und dem Privatsektor rechtzeitig zusätzliche Mittel zu beschaffen, um sicherzustellen, daß den Bedürfnissen der unter der Obhut des Amtes des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge, Rückkehrer und sonstigen Vertriebenen entsprochen werden kann.

82. Plenarsitzung
12. Dezember 1996

⁵Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 360, Nr. 5158.

⁶Ebd., Vol. 989, Nr. 14458.